

Organ der Regierungsgewalt für ganz Deutschland das Potsdamer Abkommen verwirklichen. Es folgen dann Ausführungen über die Tätigkeit des Kontrollrates, die Betonung der Stellung Berlins als Teil der sowjetischen Besatzungszone und schließlich die Neugestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. In einigen wenigen Sätzen wird dann die politische Entwicklung in der SBZ skizziert. »Die KPD und die SPD zogen die Lehren aus der Vergangenheit und vereinigten sich in der sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.« (S. 17)

Einen relativ breiten Raum nimmt die Darstellung der Entwicklung in den Westzonen ein, um schließlich hier die Ursachen für die Spaltung Deutschlands nachzuweisen. Die in der vorliegenden Broschüre abgedruckten Dokumente sollen dann gerade auch in diesem Zusammenhang westdeutsche Darstellungen<sup>2)</sup> als Geschichtsfälschungen widerlegen und beweisen, »daß die Spaltung Deutschlands das Ergebnis der imperialistischen Politik der Westmächte und der deutschen Reaktionäre ist und die Sowjetunion die einzige Besatzungsmacht in Deutschland war, die im nationalen Interesse des deutschen Volkes handelte und sich konsequent für die Durchführung des Potsdamer Abkommens, die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates und für eine Friedensregelung mit Deutschland einsetzte.« (S. 21) Die Bemühungen zur Verhinderung der endgültigen Spaltung Deutschlands hätten sich auch gerade in der Volkskongreßbewegung gezeigt, aber dieser Kongreß, »die erste gesamtdeutsche Repräsentation nach dem Zweiten Weltkrieg« (S. 29), sei in den Westzonen verboten worden. Aber durch die Politik und die Haltung der Westmächte – u. a. auf der Londoner Außenministerkonferenz, durch den Marshall-Plan, die Währungsreform, die Spaltung des Berliner Magistrats und zuletzt die Gründung der Bundesrepublik – sei die Spaltung schließlich endgültig geworden.

Beatrix W. Bouvier

Wilhard Grünwald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 21), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1971, VI, 555 S., brosch., 85 DM.

Die wissenschaftliche und publizistische Diskussion über die Herausbildung Deutschlands konzentrierte sich vor allem auf die Zeit von der Berliner Blockade 1948 bis zur Integration der BRD und der DDR in die jeweiligen Paktsysteme im Jahre 1955. Wenn auch in diesen Jahren die wichtigsten Entscheidungen getroffen wurden, so ist es von Bedeutung, die Vorgeschichte zu dieser Entwicklung zu betrachten, die bis in die unmittelbaren Nachkriegsjahre zurückreicht. Dabei stellt sich die Frage, ob die Weichen zur Teilung Deutschlands nur durch die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands gestellt wurden oder ob die deutschen Kräfte diese Entwicklung mitbeeinflusst haben. Bei der Beurteilung des Handlungsspielraumes deutscher Politiker in der Zeit der Besatzungsherrschaft kann man von der Tatsache ausgehen, daß eine Wechselbeziehung zwischen der wachsenden Entfremdung unter den ehemaligen Kriegsalliierten und dem Eigenpielraum der deutschen Politiker bestand. Dieser Spielraum wuchs für die jeweilige deutsche Klientel im gleichen Maße wie die Entfremdung zwischen den Alliierten. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, wann noch Ansätze zu einer Verständigung zwischen den alliierten Siegern und damit auch für die deutschen Politiker aus den vier Besatzungszonen vorhanden waren.

Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten in München am 5./6. Juni 1947 wird

<sup>2)</sup> Namentlich erwähnt werden allerdings nur die Thesen von *Michael Freund*, Die deutsche Spaltung. Schuld, Verhängnis, Fehler? Hannover 1962.

in diesem politischen Zusammenhang gesehen, die jetzt Wilhard Grünewald in einer Studie zum ersten Male umfassend untersucht hat. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage nach der Bedeutung der Konferenz für die deutsche Spaltung. Daher konzentriert sich Grünewald auf die »Weichen«, die für »München innerhalb der damaligen politischen Landschaft gestellt wurden«, und auf die »Analyse der unmittelbaren Folgen von München«; denn für ihn »schuf der dortige Eklat endgültig das ›Klima‹, das zur Spaltung Deutschlands führte« (Vorwort). Dieser Ansatz führte dazu, daß der Autor sein Augenmerk hauptsächlich auf die politischen Absichten und Maßnahmen der deutschen Politiker, vor allem der Ministerpräsidenten und der Parteivorsitzenden, lenkte und die Rolle der Besatzungsmächte in dieser Frage eher herunterspielte.

In einer fast minutiösen Kleinarbeit wertete Grünewald die vorhandenen Unterlagen aus, wobei der Schwerpunkt der Materialien in Presseberichten, Rundfunkkommentaren und in amtlichen Konferenzdokumenten lag. Eine umfangreiche Befragung der Politiker und Besatzungsoffiziere – soweit dies schriftlich möglich war –, z. B. von Oberst Tjulpanow (SMAD), von General Clay und seinem Berater Prof. Pollock, ergänzte die Materialbasis. Bedauerlich ist jedoch die Tatsache, daß die bayrische Staatsregierung sich weigerte, das Protokoll der entscheidenden Nachtsitzung der Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen vom 5. zum 6. Juni 1947, in dem die zum Teil erregte Diskussion über die Tagesordnung der Konferenz aufgezeichnet ist – der eigentliche Grund für den Auszug der Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone –, zur wissenschaftlichen Auswertung freizugeben.

Der historisch-deskriptive Ansatz der Studie von Grünewald führte dazu, daß der Autor in fast epischer Breite die einzelnen Phasen der Vorbereitung der Konferenz und die Folgen des Scheiterns darstellt. Dies geht auf Kosten seines Anspruchs, daß die Studie »politologischen Charakter besitzen« (Vorwort) soll, und behindert auch die Lesbarkeit, denn eine allzu präzise Nachzeichnung von Einzelheiten erschwert die Wertbarkeit und führt den Leser manchmal von dem eigentlichen Thema weg. Eine stärkere Strukturierung und eine damit verbundene Straffung der Darstellung wäre wünschenswert gewesen.

Hier braucht nicht näher auf die eigentliche Konferenz am 6. Juni 1947 eingegangen zu werden, die auch vom Autor zu Recht eher beiläufig abgehandelt wird, da nach dem Auszug der Ministerpräsidenten der Ostzone in der Nacht vom 5. zum 6. Juni das Treffen seines gesamtdeutschen Charakters entkleidet war. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, daß Grünewald das Vorurteil ausräumt, daß die ostdeutschen Ministerpräsidenten von vornherein die Konferenz – auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED – hätten sprengen wollen. Er weist nach, daß bei ihnen die Bereitschaft bestand, sich mit den Kollegen aus den Westzonen zusammenzusetzen (S. 198 – 200). Sie forderten vor Konferenzbeginn und in der Nachtsitzung am 5. Juni, mit den Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen auf der Konferenz am 6. Juni auch über die Frage der deutschen Einheit zu diskutieren (S. 221). Dies lehnte ein Teil der Ministerpräsidenten ab, vor allem die aus der französischen Zone, denen ihre Besatzungsmacht nahegelegt hatte, dieses Thema auszuklammern. Als alle Vermittlungsversuche zur Aufnahme eines Tagesordnungspunktes über die deutsche Einheit für die Tagesordnung der Sitzung am 6. Juni gescheitert waren (S. 235 – 238), zogen sich die ostzonalen Ministerpräsidenten zurück und lehnten eine weitere Teilnahme ab. Die Frage der deutschen Einheit war für sie von zu großer Bedeutung, und außerdem wünschte auch die SED dieses Problem in München zu diskutieren. Demgegenüber hatten Fragen der Ernährung, der Sozialpolitik und der Wirtschaft, wie sie vor allem die Ministerpräsidenten der Westzonen diskutieren wollten, nur eine untergeordnete Bedeutung. In der Rekonstruktion der Nachtdebatte weist Grünewald nach, daß die sozial-

demokratischen Ministerpräsidenten – mit Ausnahme des bremischen Senatspräsidenten Kaisen – und der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard für die unflexible und ablehnende Einstellung gegenüber den Wünschen der Ministerpräsidenten auf Erweiterung der Tagesordnung verantwortlich waren (S. 237). Die Einschätzung der Haltung der SPD und vor allem des ersten Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher zur Münchener Konferenz ist eher negativ. Grünewald führt zur Begründung seiner Bewertung an, daß Schumacher in dem Treffen der Ministerpräsidenten in München ein »höchst unerwünschtes Konkurrenzunternehmen gegenüber seinen eigenen Absichten« (S. 125) sah. Diese Konkurrenz bezog sich – nach Ansicht des Autors – vor allem auf die Tatsache, daß die Regierungschefs der Länder von den Besatzungsmächten als die eigentlichen deutschen Gesprächspartner über die deutsche politische Zukunft angesehen wurden und nicht die Parteivorsitzenden (S. 125). Diese Argumentation legt den – beabsichtigten oder auch unbeabsichtigten – Schluß nahe, daß die SPD und Schumacher letztlich aus parteitaktischen Gründen und aus parteiinternen Machtkämpfen heraus das Scheitern dieser gesamtdeutschen Initiative provoziert hätten. Demgegenüber spielt Grünewald die ablehnende Haltung der SPD gegenüber der SED herunter, die sich auf die Zwangsfusion von SPD und KPD zur SED in der SBZ im Jahre 1946 bezog, die er nur beiläufig erwähnt.

In dem Nachweis der »parteiinternen Rivilität« zwischen Schumacher und den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wird die zu starke Überschätzung der Rolle der Ministerpräsidenten für einen gesamtdeutschen Aufbau deutlich. Die Länderchefs sind für Grünewald die »Repräsentanten des deutschen Volkes« (S. 125), die »nicht mehr nur von Gnaden ihrer jeweiligen Besatzungsmacht fungierten, sondern von den Parlamenten ihrer Länder gewählt waren« (S. 125). Diese Feststellung zeigt gleichzeitig die positive Bewertung des Föderalismus durch den Autor (S. 47 – 49), der den Zentralismus ablehnt. Die Bejahung des Föderalismus zeigt sich auch in der Beurteilung der Person des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard. Dies hindert Grünewald jedoch nicht daran, den bayrischen Regierungschef für das Scheitern der gesamtdeutschen Konferenz verantwortlich zu machen, indem er ihm ein starres und unflexibles Verhalten in der entscheidenden Nachtsitzung vorwirft (S. 495) und ihm das Format eines Staatsmannes abspricht (S. 496), der zwar die allgemeine Bedeutung einer gesamtdeutschen Konferenz erkannt, aber in der entscheidenden Stunde versagt habe.

Mehr als Schlaglicht, jedoch gleichzeitig bezeichnend für die Kenntnis des Autors über die Nachkriegsgeschichte der SPD, ist die Bemerkung anzusehen, daß Carlo Schmid »lange Zeit als ernsthafter Rivale Dr. Schumachers im Kampf um die Parteiführung galt« (S. 53). Für diese Behauptung findet sich in der Studie kein Nachweis. Sie drückt eher eine gängige Meinung der bürgerlichen Publizisten und Politiker aus, trifft aber keineswegs die tatsächlichen Machtverhältnisse in der SPD, für die Schumacher als Parteivorsitzender unbestritten war.

Grünewald kann in der allgemeinen Einschätzung der Münchener Konferenz für die deutsche Einheit gefolgt werden. Allerdings kann der eindeutigen Feststellung nicht zugestimmt werden, daß »München [...] die letzte bedeutende Chance« war, »deutscherseits den Zerfall Deutschlands in die Teilstaaten BRD und DDR zu verhindern« (S. 497), da diese Beurteilung – wie eingangs bereits erwähnt – den deutschen Handlungsspielraum überschätzt. Die Studie von Wilhard Grünewald stellt einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um die deutsche Spaltung dar, weil er ausführlich – wenn auch teilweise einseitig – die entscheidenden Positionen in dieser Frage für das Jahr 1947 nachzeichnet.

Kurt Schmitz